

Antidumping - Zitronensäure mit Ursprung in der VR China

Ausweitung des endgültigen Antidumpingzolls auf aus Malaysia versandte Zitronensäure; Einstellung der zollamtlichen Erfassung der betroffenen Einfuhren

27.05.2015

Durchführungsverordnung (EU) 2016/32 der Kommission vom 14. Januar 2016 zur Ausweitung des mit der Durchführungsverordnung (EU) 2015/82 eingeführten endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Zitronensäure mit Ursprung in der Volksrepublik China auf Einfuhren von aus Malaysia versandter Zitronensäure, ob als Ursprungserzeugnis Malaysias angemeldet oder nicht; ABl. L 10 vom 15.1.2016, S. 3.

Anmerkung:

Mit Wirkung vom 16.1.2016 wird der mit der Verordnung (EG) Nr. 1193/2008 (ABl. L 323 vom 3.12.2008, S. 1) für „alle übrigen Unternehmen“ eingeführte endgültige Antidumpingzoll auf die Einfuhren von Zitronensäure mit Ursprung in der Volksrepublik China (42,7% auf den Nettopreis frei Grenze der Union, unverzollt) ausgeweitet auf Einfuhren von aus Malaysia versandter Zitronensäure, ob als Ursprungserzeugnis Malaysias angemeldet oder nicht. Die betroffenen Waren werden derzeit unter den KN-Codes 2918 14 00 (TARIC-Code 2918 14 00 10) und ex 2918 15 00 (TARIC-Code 2918 15 00 11) eingereiht.

Der ausgeweitete Zoll auf aus Malaysia versandte Einfuhren von Zitronensäure, ob als Ursprungserzeugnisse Malaysias angemeldet oder nicht, ist auch auf die nach der Durchführungsverordnung (EU) 2015/706 (ABl. L 113 vom 1.5.2015, S. 38) zollamtlich erfassten Einfuhren anzuwenden.

Mit der Ausweitung des endgültigen Antidumpingzolls ist die mit Durchführungsverordnung (EU) 2015/706 angeordnete zollamtliche Erfassung der Einfuhren nicht mehr erforderlich und wird eingestellt.

Mehr zu:

EU / China
Zoll

Kontakt

Hans-Jürgen Diedrich

 +49 228 24 993 345

 [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.